

Kreisverband Duisburg
KMV 3_2012 20.07.2013
Grammatikoff, Dellplatz 16a, 47051 Duisburg

Protokoll

Beginn: 15:30

Bei Versammlungsbeginn akkreditiert: **13** Mitglieder

TOP 1: Zulassung von Gästen, Presse, Aufzeichnungen

Auf Nachfrage erhob kein Mitglied Einwände gegen die Zulassung.

TOP 2: Begrüßung durch den Vorstand

Der Vorsitzende begrüßte die anwesenden Mitglieder und führte den TOP 3 durch.

TOP 3: Wahl Versammlungsleiter

Armin Wittrin wurde einstimmig zum Versammlungsleiter gewählt und übernahm nach der Annahme der Wahl die Versammlungsleitung.

TOP 4: Wahl des Protokollführers

Als Protokollführer wurde Kurt Klein gewählt.

TOP 5: Genehmigung der Tagesordnung:

Die Mitglieder erweiterten die Tagesordnung um den TOP 5. Es wurde beschlossen die zusätzlich eingegangenen Anträge zum Kommunalprogramm im Tagesordnungspunkt 8 aufzunehmen und zu behandeln. Der Antrag Wolfgang L auf die Wiedereröffnung des AK Kommunal wird als TOP 7 eingefügt.

TOP 6: Termin KMV 4_2013

Dirk K. schlägt vor wegen des Bundestagswahlkampfes (BTW) die Versammlungen August und September an einem Sonntag durchzuführen.

Britta schlägt vor die Versammlungen auf einen Werktag zu verlegen.

Thorsten schlägt 24.08. vor.

Ullrics schlägt 28.09. vor.

Nach weiterem Meinungsaustausch werden die Vorschläge Thorsten und Ullrics im Block abgestimmt. Ergebnis JA 11 / NEIN 1/ Enthaltung 1// 13

TOP 7: Antrag WL auf Wiedereröffnung des AK Kommunalpolitik

Wolfgang begründet seinen Antrag mit der Wichtigkeit kommunalpolitische Beschlüsse mit dem Blick auf die Mitte nächsten Jahres statt findende Kommunalwahl zu erarbeiten. (A01)

- Thorsten spricht sich für eine Verschiebung der Wiederbelebung AK Kommunal auf nach der BTW aus.
- Britta wendet ein, dass kommunale Themen auch im Schwerpunkt während des Bundestagswahlkampfes durch die Bürger angefragt werden.

Ein Meinungsbild ergibt, dass 6 Mitglieder bereit wären sofort im Bereich Kommunalpolitik mitzuarbeiten.

- Wolfgang argumentiert, dass er einen Zeitverzug vermeiden wollte und zumindest die Formalien abarbeiten wollte um eine verzugslose Aufnahme der Arbeit gewährleisten zu können. Arbeitsbeginn des AK nach der BTW wäre aber auch völlig OK.
- Dirk W. wendet ein, dass es wichtig ist möglichst schnell wieder in die Kommunalpolitik einzusteigen, da wir zu vielen Positionen erst einmal recherchieren müssen und wir bereits anderen Mitbewerbern im Fachwissen weit hinterherhinken.
- Thorsten wirft ein, dass bei Piraten auch ohne feste Strukturen gearbeitet werden kann.
- Schollsky schlägt vor, dass AG vielleicht die bessere Form wäre, da nicht so an feste Formalien gebunden.
- Alfred unterstreicht die Wichtigkeit kommunaler Themen noch einmal.
- Thorsten schlägt vor, dass Wolfgang eine Beauftragung durch den Vorstand erhält um die Arbeit koordinieren zu können und ihm damit größtmögliche Flexibilität zu ermöglichen. Eine Überführung in Parteistrukturen sei dann später nur noch Formsache.
- Kurt fasst den Diskussionsstand zusammen, dass nur noch über die Form Gesprächsbedarf besteht.

GO Antrag auf Meinungsbild ob WL durch Vorstand beauftragt werden soll.
Formale Gegenrede, Antrag wird angenommen.

Meinungsbild WL zu beauftragen positiv mit 9 JA/ 0 NEIN/4 Enthaltungen//13

GO Antrag auf Schließung der Rednerliste
Formale Gegenrede, Antrag wird angenommen

Wolfgang zieht seinen Antrag zurück.

Sitzungspause

Vorstandsbeschluss

Der Vorstand beschließt Wolfgang Lietz als Koordinator Kommunalpolitik für den Kreisverband Duisburg zu beauftragen.

Der Vorstand ist beschlussfähig.

Kurt	Ja
Britta	Ja
Armin	Ja
Alfred J	Ja
Schollsky	Ja
Rainer	Abwesend

Der Beschluss wird mit 5 Ja Stimmen gefasst.

Ende Sitzungspause.

Kurt beauftragt Wolfgang im Beisein der Mitglieder im Namen des Vorstands als Koordinator Kommunalpolitik in Duisburg.

TOP 8: Anträge zur BeschlussfassungKommunalprogramm

8.1 Position zum MSV (A02)

Rainer begründet seinen Antrag damit, dass der MSV ein hochemotionales Thema in Duisburg sei, jedoch auch nicht verdrängt werden dürfe, dass der MSV ein kommerzielles Unternehmen sei. Hinzu komme, dass für den Normalbürger in keiner Weise Transparent sei, welche öffentlichen Mittel bereits in den Verein geflossen seien.

Insgesamt fokussiert sich die Diskussion darauf, dass der Antrag von der Formulierung her nicht Antragsfähig sei, da eben die politischen Forderungen nicht genannt werden.

Ein Meinungsbild ergibt einstimmig, dass der Antrag im Bereich Kommunalpolitik in eine PM zu überführen ist, um in der Folge eine Position erarbeiten zu können.

Der Antragsteller zieht seinen Antrag zurück.

8.2 Öffentlicher Personen Nahverkehr (A03)

Im Rahmen der Diskussion werden fast einstimmig formale Mängel des Antrages geltend gemacht, so wie rechtliche Bedenken. Ein weiterer Schwerpunkt der Kritik richtet sich gegen Modul 3, welches als Bundesposition bereits im Grundsatzprogramm beschlossen ist und daher nur einer lokalen Anpassung bedürfe.

GO Antrag auf Meinungsbild ob Alfreds Anmerkungen zur inhaltlichen Güte von Beiträgen im TOP 9 Sonstiges noch einmal aufgegriffen werden sollen. Das Meinungsbild fällt einstimmig positiv aus.

GO Antrag auf Abstimmung des Antrages im Block anstatt im Modul.
8 JA/ 3 NEIN/ 2 ENTHALTUNGEN// 13

Abstimmung Antrag 03
2 JA/ 9 NEIN/ 2 ENTHALTUNGEN// 13

Der Antrag wird abgelehnt

GO Antrag auf Begrenzung der Redezeit pro Person auf 1 Minute
7 JA/ 5 NEIN/ 1 ENTHALTUNGEN// 13

Redezeit pro Person wird auf 1 Minute begrenzt.

Einreichung eines konkurrierenden Antrags durch Dirk W.
GO Antrag Vorstellung des Antrages durch Dirk zuzulassen und damit die Befassung mit dem Antrag.
12 JA/ 1 NEIN/ 0 ENTHALTUNGEN// 13

Der Antrag wird zugelassen.

8.3 Beteiligungen der Stadt Duisburg (A04-01 konkurrierend A04-02)

Ullrics begründet seinen Antrag mit der unübersichtlichen Verflechtung der Stadttöchter und der damit einhergehenden Intransparenz für den Bürger. Insbesondere soll der gängigen Praxis ein Riegel vorgeschoben werden überbezahlte Pöstchen am öffentlichen Haushalt vorbei zu schaffen für die dann die Allgemeinheit aufzukommen hat.

Dirk begründet seinen Antrag damit, dass in einem ersten Schritt überhaupt erst einmal eine Bestandsaufnahme gemacht werden muß, um danach in einem zweiten Schritt zu entscheiden welche dieser Gesellschaften aufgelöst werden müssen.

Die Diskussion fokussiert sich im folgenden darauf, dass der Punkt mit dem Verbot der Annahme einer Beschäftigung in einer solchen städtischen Gesellschaft zu schwammig gefasst ist in Antrag 04-01.

GO Antrag die Anträge gegeneinander abzustimmen.
Einstimmig JA

Abstimmung Antrag 04

Antrag 04-01	4 JA
Antrag 04-02	8 JA
Entahlungen	1

Antrag 04-02 wird angenommen.

8.3 Antrag GNS (A05)

Antragsteller zieht Antrag zurück

8.3 Antrag Transparenz (A06)

Der Antragsteller begründet seinen Antrag mit der seiner Meinung nach intransparenten Rechnungslegung der städtischen Dienstleister.

In der Nachfolgenden Diskussion fokussiert sich die Kritik an den inhaltlichen und rechtlichen Fehlern des Antrages. Antragsteller ändert im Verlauf der Diskussion den Antrag gemäß A06Ä.

Die erste Abstimmung nach der Diskussion ergibt:
7 JA/ 5 NEIN/ 1 ENTHALTUNGEN// 13

Da bei einigen Mitgliedern offensichtlich im Moment der Abstimmung nicht klar war ob man nun auf einen angekündigten GO Antrag abstimmt oder mit der Befassung des geänderten Antrages oder Abstimmung desselben, entscheidet der Versammlungsleiter die Wahl mit Klarheit über den Abstimmungsgegenstand zu wiederholen.

Die zweite Abstimmung ergibt:
9 JA/ 4 NEIN/ 0 ENTHALTUNGEN// 13

Damit wird der Antrag in der Form 06Ä angenommen.

8.5 Antrag DLRG (A07)

Nach kurzer Diskussion verbleibt die Versammlung wie folgt.

Antrag wird nach Überarbeitung als PM zeitnah verwendet unter Beifügung des Themas Abschaffung Ferienpass, da in der Folge die Gewässer im Bereich Duisburg noch stärker frequentiert werden dürften als bisher schon und daher eine Gefährdung von Badegästen durch die Stadt billigend in Kauf genommen wird.

Als Position der Piraten Duisburg soll übernommen werden:

Die Stadt Duisburg wird aufgefordert für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Wasserrettung in den Bädern und Gewässern in Duisburg zu sorgen.

Änderung in der oben angeführten Form mit

13 JA/ 0 NEIN/ 0 ENTHALTUNGEN// 13

angenommen

Antragsteller zieht seinen Antrag in der eingereichten Form zurück.

8.6 Antrag Opernehe (A08)

Auf Grund der fortgeschrittenen Zeit zieht der Antragsteller seinen Antrag zurück um ihn auf der nächsten KMV zu stellen.

TOP 9: Sonstiges

9.1 Flyer BGE

Reinhard führt an, das die AG BGE den Flyer im Layout nun fertig hat und in etwa 10.000 Stück drucken möchte, was insgesamt Kosten von ca. 250€ bedeuten würde.

Dirk K. führt an, dass die Piraten überall Inklusion fordern, sich aber in keinem ihrer Auftritte entsprechend verhalten würden. Der Flyer sei in keiner Weise geeignet von Sehbehinderten gelesen werden zu können.

Die Versammlung spricht sich dafür aus den Entwurf in die AG Gestaltung zu geben und dort prüfen zu lassen inwieweit die Nachbesserung auf Barrierefreiheit möglich ist und in Zukunft darauf Rücksicht zu nehmen.

Britta ergänzt, dass derzeit die Kontingente für Flyer für den BTW in der Sichtung und Entscheidungsphase sind. Daher bleibe erst einmal abzuwarten ob der Flyer nicht durch andere Gliederungen finanziert wird. Erst wenn der BGE Flyer nicht im Gesamtkontingent der Flyer aufgenommen wird müsse man über eigene Mittel nachdenken.

Die Versammlung beauftragt den Vorstand das zu prüfen (Britta) und entsprechend tätig zu werden, wenn das denn notwendig sein sollte.

Plakatplanung

Britta weist auf die Pads 108/109/ und 110 hin, dort sind die derzeitigen Planungen für jeden einsehbar und bittet um dort auch um rege Mitarbeit.

Die Versammlung endet um 19:30

Für die Richtigkeit

i.O. gez.

Mitzeichnung per Mail

Kurt Klein
Protokollführer

Armin Wittrin
Mitzeichnung

Anträge an die KMV

(In der Reihenfolge der Befassung)

A01

Antragsteller: **Wolfgang L**
Eingang: **18.07.2013 RT #84688#**

Ahoi Duisburger Piraten,

mit Bedauern habe ich zur Kenntnis genommen, dass der AK Kommunalpolitik durch Beschluss der KMV am 15.6.13 aufgelöst wurde. Ich gebe zu, dass ich aus persönlichen Gründen an den bisherigen AK Versammlungen nicht teilnehmen konnte. Die Kommunalwahlen finden im Mai 2014 statt. Wir sollten die Zeit bis dahin nutzen, um uns auf die Arbeit im Rat und Bezirksvertretungen vorzubereiten und in diesem Zusammenhang auch Aussagen für unser Kommunalwahlprogramm zu erarbeiten. Für die Neugründung des AK Kommunalpolitik suche ich interessierte Mitglieder und werde bei der KMW am Samstag eine Liste auslegen. Ich würde mich freuen, wenn sich dafür genug Mitglieder finden würden.

Wolfgang

A02

Antragsteller **Rainer W.**
Eingang **27.06.2013 RT#83131#**

Mit großem Bedauern nahmen wir den Lizenzentzug des MSV Duisburg am 29. Mai dieses Jahr zur Kenntnis. Wir sehen den MSV und seine Anhänger als eine Bereicherung für die Stadt Duisburg an.

Aus unserer Sicht ist der MSV Duisburg trotzdem ein Verein, in dem schon seit Jahren ökonomischen Zwängen Vorrang vor der Gemeinnützigkeit eingeräumt wurden. Dies sehen wir nicht als ein spezifisches Problem des MSV an. Stattdessen ist dies eine Entwicklung, die sich aus den Mechanismen des Profisports ergibt.

Ungeachtet der prekären Lage des Meidericher Sportvereins ist, aus unserer Sicht, die Zukunft aller Duisburger Vereine von Belang. Von diesem Blickwinkel aus betrachtet sollten die begrenzten Mittel der Stadt Duisburg für die Sport- bzw. Vereinsförderung gerecht und mit Augenmaß verteilt werden.

Im Nachgang zum Lizenzentzug des MSV haben sich für uns einige Fragen ergeben, die wir gerne von verantwortlicher Stelle beantwortet haben möchten:

1. Hat der MSV besondere Zuwendungen/Vergünstigungen seitens der Stadt/städtischen Unternehmungen erhalten?
2. Wenn dies bejaht wird: Wie sahen diese Zuwendungen aus und wer ist dafür verantwortlich?
3. Wie hoch sind die konkreten Geldtransfers/Zahlungen seitens der Stadt/städtischen Gesellschaften?

Wann erhielten die verantwortlichen Personen Kenntnis von der prekären Situation des MSV Duisburg und wie haben sie reagiert?

A03**Antragsteller
Eingang****Ullrics.
17.06.2013 RT#82480#****ÖPNV 001**

Die Piratenpartei Duisburg bekennt sich zu einem gut ausgebauten ÖPNV. Zu Umsetzung werden die nachfolgenden Punkte angeführt.

Modul ÖPNV 002

- Der Vorstand und Aufsichtsrat der DVG müssen mindestens 7 Tage pro Woche mit ÖPNV zur Arbeit pendeln. (Ausnahme wenn der Arbeitsplatz in Fuß oder Fahrradreichweite liegt.) Dadurch sollen sie ihnen ansonsten verschlossene Einblicke in die Problematiken der Fahrgäste bekommen. Dadurch können Probleme auch von den Entscheidungsträgern erkannt werden.

Modul ÖPNV 003

- Durch Umsetzen des Modells Studententicket auf alle Duisburger soll ein günstiges Ticket in Duisburg etabliert werden. Dabei zahlt jeder Duisburger eine Abgabe. Diese Abgabe wird bei Übernachtungsgästen ebenfalls erhoben. Ticketautomaten und Verteilungsstrukturen können durch diese Maßnahme zurückgefahren werden.

Modul ÖPNV 004

- Die DVG wird zukünftig die Planung der Fahrpläne dem VRR überlassen. Dabei werden erhobene Fahrgastzahlen, Art und Anzahl der Fahrzeuge übermittelt. Ziel ist es einen integrierten Verbundfahrplan zu schaffen, um die Anbindung des Nahverkehrs aneinander massiv zu verbessern. Dieses Anliegen wird auch an die anderen Mitglieder des VRR herangetragen.

A04-01**Antragsteller
Eingang****Ullrics.
17.06.2013 RT#82480#****Stadttöchter**

Die Stadt Duisburg hat ein teilweise unüberschaubares Geflecht von städtischen Töchtern. Diese Strukturen müssen sehr kritisch auf gesetzliche Notwendigkeit geprüft werden. Ebenfalls muss kritisch hinterfragt werden, ob wirklich die Notwendigkeit für jede dieser Töchter besteht.

Der Wechsel aus der kommunalen Verwaltung oder Politik in eine städtische Tochtergesellschaft soll zukünftig mit einer Sperre von 5 Jahren belegt werden, um Interessenkonflikte ausschließen zu können.

A04-02

**Antragsteller
Eingang**

**Dirk W.
20.07.2013**

Antrag

Städtische Tochterunternehmen und Beteiligungen reduzieren

Mit der Gründung zahlreicher städtischer Tochterunternehmen und Beteiligungen ist in der Vergangenheit ein Gewirr von Unternehmen entstanden, das jeden Überblick über die tatsächliche Situation verhindert. Ein Geflecht von gegenseitigen Abhängigkeiten und Verflechtungen, die immer nur stückchenweise veröffentlicht werden, wenn wieder irgendwo eine Katastrophe droht, verhindern jede sinnvolle Aussage zum städtischen Haushalt. Zahlreiche Verträge sind geheim.

Belastbare Aussagen zur Finanzsituation Duisburgs oder zum kommunalen Haushalt sind. Wir sehen hier eine Informationspflicht der Stadt gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern.

Die Piratenpartei Duisburg verlangt die Veröffentlichung aller Abhängigkeiten und Verbindungen der Stadt bzw. ihrer Tochterunternehmen und Beteiligungen. Wenn klar ist, wer mit wem wie zusammen hängt, sollen möglichst viele städtische Tochterunternehmen aufgelöst und die Aufgaben in die Stadtverwaltung zurück geholt werden.

A05

**Antragsteller
Eingang**

**Ullrics.
17.06.2013 RT#82480#**

GNS

Die Stadt Duisburg ist zu 33% über eine ihre Tochtergesellschaften der Vermieter der Gesellschaft für Nuklearservice mbH in Wanheim-Angerhausen. Die restlichen Prozente sind dem Land NRW zuzurechnen. Es ist hier kritisch zu hinterfragen, ob das Gelände nicht sinnvoller an einen Logistikdienstleister zu vermieten ist.

A06

**Antragsteller
Eingang**

**Ullrics.
26.06.2013 RT#83086#**

Transparenz

Die Piratenpartei Duisburg fordert, dass sämtlichen Städtischen Betriebe ihre Gebühren transparent darstellen müssen. Erhöhungen von Gebühren sind nur dann zulässig, wenn den Zahlern explizit dargelegt wird welche Kosten wo genau gestiegen sind und warum nun eine Erhöhung notwendig ist. Dabei muss auch dargelegt werden, ob eine fehlerhafte Führung des Unternehmens vorliegt, denn die Aufgabe der städtischen Unternehmen ist der Bevölkerung die notwendige Leistung für den geringsten Preis zur Verfügung zu stellen und nicht dem Stopfen von Finanzlöchern oder ähnlichem zu dienen.

A06Ä

Transparenz

Die Piratenpartei Duisburg fordert, dass sämtlichen Städtischen Betriebe ihre Gebühren transparent darstellen müssen. Erhöhungen von Gebühren sind nur dann zulässig, wenn den Zahlern explizit dargelegt wird welche Kosten wo genau gestiegen sind und warum nun eine Erhöhung notwendig ist. Die Aufgabe der städtischen Unternehmen ist der Bevölkerung die notwendige Leistung für den geringsten Preis zur Verfügung zu stellen und nicht dem Stopfen von Finanzlöchern oder ähnlichem zu dienen.

A07

Antragsteller
Eingang

Schollsky
20.07.2013

Piratenpartei Duisburg: Antrag zur KMV
vom 20.7.2013:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen, die Stadt Duisburg aufzufordern, für eine ausreichende Finanzausstattung des DLRG Duisburg zu sorgen, um eine ausreichende Wasserrettung auf den Duisburger Gewässern sicherzustellen.

Stefan Cinczoll

Begründung: mündlich

A08

Antragsteller
Eingang

Wolfgang L
20.07.2013

Die KMV der Piratenpartei Duisburg möge beschließen, folgendes in das Kommunalwahlprogramm aufzunehmen:

Die Piratenpartei Duisburg wird im Rat der Stadt einer Verlängerung des am 31. Juli 2017 auslaufenden Vertrages über die Operngemeinschaft von Düsseldorf und Duisburg nicht zustimmen.

Begründung des Antrages

Bei der im Jahre 1955 geschlossenen Operngemeinschaft zwischen Düsseldorf und Duisburg handelt es sich um eine bewährte und erfolgreiche Kooperation. Dies darf jedoch nicht dazu führen, den Blick für die zur Zeit bestehenden Fakten zu verschließen.

Düsseldorf ist schuldenfrei, Duisburg hat 2,2 Milliarden Euro Schulden und unterliegt damit dem Haushaltssicherungskonzept.

Die gesamten Steuereinnahmen (Grundsteuer, Gewerbesteuer, Anteil Einkommensteuer, Anteil Umsatzsteuer) betrugen im Jahre 2011 in Düsseldorf 1,1 Milliarden, in Duisburg 400 Millionen Euro.

Die Oper kostet 32 Millionen. Davon trägt Düsseldorf 22 Mio und Duisburg 10,5 Mio. Der gesamte Kulturetat beträgt in Duisburg 35 Millionen Euro. Davon entfällt auf die Oper allein 10,5 Mio.

Gemäß WAZ vom 24.8.2012 gibt es 104.000 Theaterbesucher pro Spielzeit (die Besucherzahl der Oper ist nicht bekannt, es wird immer nur von Auslastung berichtet)

Der Zoo Duisburg erhält einen jährlichen Zuschuss von 2,2 Mio Euro, Besucher 1 Million.

Des weitern ist zu beachten das sich die Verkehrsinfrastruktur und die damit verbundene Mobilität nicht mehr dem Gründungsjahr 1956 entspricht.

Die Autobahn 59 ist inzwischen vom Duisburger Norden bis Düsseldorf vollständig ausgebaut.